

Thesen zum parteipolitischen Engagement der Gewerkschaften

Angesichts der zunehmenden Anpassungspolitik der SPD vermuten viele nicht ohne Grund, daß die sozialen und entspannungspolitischen Tendenzen, die die Sozialdemokraten in die Große Koalition einzubringen versuchen, verdrängt werden von den massiven, in engstem Kontakt mit Großkapital und Großfinanz formulierten sozialreaktionären Interessen, zu deren Sprecher sich seit 1948 die CDU in immer stärkerem Maße gemacht hat.

Insbesondere in der Wirtschafts- und Finanzkrise wird deutlich, wie unzureichend in dieser Koalition die Interessen des arbeitenden Volkes vertreten werden. In dieser Situation stellt sich für die Gewerkschaften, als der einzigen eindeutigen Organisation der Arbeitnehmerinteressen in der Bundesrepublik, mit einer neuen Dringlichkeit die Frage: ob sie es hinnehmen wollen, daß in einem Volk, das zu 80 % aus Arbeitnehmern besteht, eine im wesentlichen gegen deren Interessen gerichtete Wirtschafts-, Sozial-, Innen- und Außenpolitik betrieben wird.

Diese Herausforderung konkretisiert sich in der Frage, was die Gewerkschaften in Zukunft zu tun gedenken, um der Arbeitnehmerschaft jenen parteipolitischen Einfluß zu verschaffen, der ihrer gesellschaftlichen Bedeutung entspricht, und der in den letzten Jahren verloren gegangen ist.

Analyse der parteipolitischen Situation

Die Arbeitnehmer — vor allem aber die Arbeiter — sind also in der gesamten Politik der Bundesrepublik in einem erschreckenden Maß unterrepräsentiert. Die objektiven gesellschaftspolitischen Interessen von 80 % unseres Volkes (Arbeiter 50 %) bleiben in diesem „sozialen Rechtsstaat“ weitgehend unberücksichtigt. Wir haben zwar eine große Reihe von Abgeordneten, die Gewerkschaftsmitglieder sind¹⁾, aber es zeigt sich, daß die meisten dieser Abgeordneten nicht mit einer klaren gewerkschaftlichen Verpflichtung ihre politischen Entscheidungen treffen. In Diskussionen und an Äußerungen kann man feststellen, daß die meisten Abgeordneten etwa mit der Lebenssituation der Industriearbeiterschaft und den darauf bezogenen gewerkschaftlichen Forderungen (etwa nach Mitbestimmung) kaum vertraut sind. Eine große Zahl der Abgeordneten stammt aus einem sozialen Milieu, in dem man die Sorgen und Nöte zumindest der Arbeiterschaft — also von 50 % des Volkes — in ihrer industriellen Arbeitswelt gar nicht ohne weiteres erkennen kann.

So zeigen die personellen und programmatischen Gegebenheiten unserer Parteien, daß es den Arbeitnehmervertretern, den aktiven Gewerkschaftern, auch in den letzten zwei Jahrzehnten nicht gelungen ist, in diesem Land einen angemessenen Einfluß auf die Politik der Parteien zu nehmen.

Die Parteipolitik blieb fast ausschließlich bürokratisch, „mittelständisch“ oder besitzbürgerlich denkenden und handelnden Kräften überlassen, und nicht zuletzt deshalb, weil die aus dem alten und „neuen“ Mittelstand kommenden Parteimitglieder auf Grund ihres Berufes und ihrer Bildung in Parteigremien besser in der Lage sind, ihre politischen Meinungen (und Vorurteile) zu artikulieren. Die Arbeiter jedoch, obwohl sie z.B. 54 % der Mitglieder der SPD stellen, haben sich entweder diesem überlegen formulierten —

1) Nach Kurt Hirche, Gewerkschafter im 5. Deutschen Bundestag (GM 1965, S. 705 ff.) hat die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten vom 1. Bundestag zum 5. Bundestag absolut und relativ zugenommen; gegenwärtig sind 242 Abgeordnete (47 %) gewerkschaftlich organisiert, davon 197 (38 %) in DGB-Gewerkschaften.

ZUM PARTEIPOLITISCHEN ENGAGEMENT DER GEWERKSCHAFTEN

und schließlich, von fast der ganzen Bewußtseinsindustrie bestätigten — kleinbürgerlichen, sozialkapitalistischen Denken angepaßt, oder sie haben kapituliert. Sie empfinden dann zwar die falsche, konformistische Haltung der Tonangebenden, aber sie sagen: Denen kann ich nicht überzeugend entgegenen, und infolgedessen beteilige ich mich an dem parteipolitischen Leben nicht mehr. (Ganz zu schweigen von denen, die nach 1945, sobald parteipolitische Aktivität gefordert wurde, sagten: „Ohne mich!“)

So hat sich auf Grund unseres mangelnden Engagements ein soziales Milieu und ein politisches Verhalten in den Parteien durchgesetzt, das durch einen faulen Frieden mit den bestehenden Besitz- und Machtverhältnissen gekennzeichnet ist. Eine konsequente soziale und demokratische Weiterentwicklung und Neuordnung unserer Gesellschaft steht nicht mehr auf dem Programm — obwohl sie im Godesberger Programm der SPD immerhin noch gefordert wurde.

Drei Thesen zur Veränderung der Situation

Diese Bestandsaufnahme schließt, wie gesagt, eine sehr grundsätzliche, Kritik bisheriger Gewerkschaftspolitik ein. Zwar darf nicht verkannt werden, daß die entpolitisierende Wirkung und der Antikommunismus der kommerziellen Massenmedien, der erschöpfende und oft geisttötende Rhythmus der modernen Arbeitswelt und nicht zuletzt das scheinbar glatte Funktionieren des Sozialkapitalismus in den fünfziger und sechziger Jahren eine verheerende, lähmende Wirkung auf das politische Bewußtsein und die Bereitschaft der Arbeiter und Angestellten gehabt haben, sich politisch zu engagieren. Gerade angesichts dieser Tatsache aber hätten die Gewerkschaften wesentlich energischer — nicht zuletzt mit Hilfe einer *aktiveren gewerkschaftlichen Betriebspolitik*, durch die die dahinterstehenden gesellschaftlichen Konflikte klargeworden wären — die Politisierung der Arbeitnehmerschaft betreiben müssen.

Das ist es, was heute mit aller Deutlichkeit erkannt werden muß, und woraus Schlußfolgerungen zu ziehen sind.

Erstens:

Zur künftigen Gewerkschaftspolitik muß die intensive Werbung für die aktive Mitgliedschaft der Arbeitnehmer — vor allem aber der Gewerkschafter — in den Parteien gehören. Die Arbeitnehmer müssen sich darüber im klaren sein, daß sie sich weder bei der CDU/CSU noch auch bei der SPD darauf verlassen können, daß sozusagen von selbst — aus christlicher oder sozialistischer Verpflichtung — Arbeitnehmerpolitik gemacht wird, daß diese vielmehr nur durch — allein von den Gewerkschaften zu organisierende! — Mobilisierung einer neuen Massenbasis in den großen Parteien realisiert werden kann. Arbeiter und Angestellte müssen lernen, daß sie sich parteipolitisch engagieren müssen, wenn sie nicht weiterhin erleben wollen, daß über ihre Köpfe hinweg entschieden wird. Das heißt konkret: Unseren Kolleginnen und Kollegen muß auf Grund entsprechender Entschließungen unserer Gewerkschaftstage, im Betrieb, in unserer Presse- und Bildungsarbeit klagemacht werden, daß es nicht genügt, gewerkschaftlich organisiert zu sein, daß es vielmehr darauf ankommt, in Zukunft durch den Eintritt in eine der beiden großen Parteien dazu beizutragen, in allen entscheidenden Gremien endlich Mehrheiten entstehen zu lassen, die aktiv für die Arbeitnehmerforderungen eintreten und dann auch die entsprechenden sachlichen und personellen Entscheidungen in der Parteipolitik treffen. Freilich genügt dieser Appell nicht, vielmehr bliebe er ohnmächtig, wenn nicht unabdingbar hinzukäme:

Zweitens:

Die Arbeitnehmer, die Gewerkschafter müssen mit einem eigenen konkreten, profilierten und aktuellen Schwerpunktprogramm in die parteipolitische Arbeit hineingehen.

Einige wichtige Forderungen, die der Vorstand der IG Metall Ende 1966 aufgestellt hat, sind ein Anfang:

„Die Voraussetzung für die Beseitigung der Haushaltsschwierigkeiten und der Aufrechterhaltung des sozialen Fortschritts ist ein sofortiger Stopp und ein allmählicher Abbau der Rüstungsausgaben.

Die neue Bundesregierung muß entschiedene Entspannungspolitik treiben und vor allem das Verhältnis zu den osteuropäischen Völkern verbessern.

Die neue Bundesregierung muß auf eine zusätzliche Notstandsgesetzgebung und damit auf eine autoritäre Verfälschung unserer Verfassungsordnung verzichten.“

Es ist aber m. E. notwendig, daß der Bundesvorstand des DGB in der nächsten Zeit ein konkretes Schwerpunktprogramm erarbeitet, in dem z. B. auch klare Aussagen zu einer realen deutschen Politik der Friedenssicherung, zur Ausweitung der Mitbestimmung, über eine demokratische Planung und Kontrolle der Wirtschaft wie auch über eine demokratische Innen- und Bildungspolitik enthalten sind. Der Vorstand der IG Metall hat in wirtschaftspolitischer Hinsicht eine Initiative beschlossen, indem er in seinen Arbeitsrichtlinien für 1966/67 die „Ausarbeitung eines gewerkschaftlichen Alternativprogramms zur Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung auf der Basis des gewerkschaftlichen Grundsatzprogramms und in Verbindung mit dem DGB“ in Aussicht stellte.

Otto Brenner sagte am 18. Februar 1967 in einem Interview mit der *Neuen Ruhr-Zeitung*: „Wir scheuen uns natürlich nicht, zu allen Arbeitnehmerinteressen berührenden Fragen unsere unabhängige Meinung zu sagen. Ich möchte den sehen, der uns das verwehren wollte. Das hat nichts damit zu tun, daß wir Partei oder Ersatzpartei spielen wollen!“ Allerdings kommt es darauf an, daß wir unsere Meinung in einer konkreteren Form zum Ausdruck bringen — eben durch ein präzises Schwerpunktprogramm. (Ich habe im folgenden versucht, einen groben Umriss eines solchen aktuellen Programms zu entwerfen). Wenn in der gegenwärtigen Situation vom DGB selbst die Formulierung eines solchen profilierten politischen Arbeitnehmerprogramms nicht in Angriff genommen wird, fällt die Hauptverantwortung den Vorständen der kritischen Gewerkschaften zu, darüber hinaus aber allen gewerkschaftlichen Gremien, Bildungskreisen und Arbeitsgemeinschaften auf allen Ebenen der Organisationen, soweit sie sich ihren kritischen Geist bewahrt haben. Die Initiative des DGB-Vorsitzenden *Julius Lehlbach* in Rheinland-Pfalz, politische Arbeitskreise der Gewerkschaften ins Leben zu rufen, kann in diesem Sinn als vorbildlich angesehen werden.

Die Forderung parteipolitischen Engagements der Gewerkschafter, die Formulierung eines aktuellen politischen Schwerpunktprogramms — beides bleibt aber Schall und Rauch, gelingt es nicht, die folgende Forderung zu verwirklichen.

Drittens:

Durch eine Vervielfachung und Aktualisierung der politischen Bildungsarbeit in den Gewerkschaften müssen wir politische Argumente und Alternativvorstellungen im Sinne jener Programmatik Hunderttausenden von Arbeitern und Angestellten vermitteln. Wenn wir diese politische Bildung in den Gewerkschaften nicht beträchtlich intensivieren, werden wir uns in der Politik kein Gehör verschaffen. Solche Bildung muß künftig in weit größerem Ausmaß Raum haben für die Vermittlung derjenigen aktuellen *politischen Willensbildung*, die die Gewerkschafter politisch aktiviert und von derart Aktivierten in den großen Parteien *gemeinsam* vertreten werden kann. Dabei spielen klare *wirtschaftspolitische* Vorstellungen eine zentrale Rolle ²⁾.

2) Sie sind im wirtschaftspolitischen Teil des DGB-Grundsatzprogramms durchaus vorhanden — nur hat der DGB nichts getan, diese Forderungen allgemeinverständlich darzustellen und ins gewerkschaftliche oder gar öffentliche Bewußtsein zu bringen. Ich habe versucht, eine solche allgemeinverständliche systematische Darstellung zu erarbeiten; sie erscheint jetzt als Arbeitsheft der IG Metall unter dem Titel: „Demokratisierung der Wirtschaft“. Das Konzept des DGB-Grundsatzprogramms.“

Soll es je eine Wiederbelebung der demokratisch-sozialistischen Idee in der Bundesrepublik geben, so ist es notwendig, in einem konkreten Programm zusammengefaßte arbeitnehmerpolitische Zielsetzungen in die Parteipolitik hineinzutragen. Das ist nicht direkt, durch Einzelne möglich. Es kann nur dann gelingen, wenn Hunderttausende von Gewerkschaftern sich in Zukunft intensiv *in ihren Organisationen* mit diesen im (partei-politischen Bereich zu vertretenden Forderungen befassen und dadurch zunächst zu einer breiten kollektiven Meinungsbildung in ihren eigenen Reihen kommen. Denn ihr mangelndes Durchsetzungsvermögen auf den verschiedenen parteipolitischen Ebenen resultiert, wie gesagt, nicht nur aus dem Fehlen hinreichend verbindlicher gewerkschaftlicher Forderungen, sondern wesentlich daraus, daß die meisten politisch aktiven Gewerkschafter bisher nicht in der Lage waren, ihre Forderungen präzise, logisch und überzeugend in den politischen Gremien vorzutragen. Daher befanden sich die wenigen Linken, die ihre Position zu artikulieren wissen, bis heute meist auf verlorenem Posten gegenüber einer konformistischen Mehrheit. Mit einem Wort: *Das politische Durchsetzungsvermögen der Arbeknehmerschaft ist in einem ganz entscheidendem Ausmaß ein Problem der kritisch-konstruktiven politischen Bildungsarbeit der Gewerkschaften.* Es sei immerhin vermerkt, daß die kritisch-betriebsbezogene und die Jugendbildungsarbeit der IG Metall und der IG Chemie, die wesentlich der Entwicklung eines realen politisch-sozial-kritischen Bewußtseins dienen, ein vorbildlicher Anfang ist.

In dieser spätkapitalistischen Epoche, da durch Massenproduktion elementare materielle Bedürfnisse tatsächlich oder scheinbar befriedigt werden können und die *existenzielle* Verelendung der Massen und der gesellschaftlichen Infrastrukturen durch die Ideologieproduktion der wichtigsten Schlüsselindustrie, der Bewußtseinsindustrie, verschleiert wird, hat uns die *Marxsche* Kritik der Ökonomie viel, seine politische Theorie wenig mehr zu sagen. Nicht das Sein bestimmt mehr das Bewußtsein. Das politische Bewußtsein — manipuliert oder aufgeklärt — bestimmt das Sein.

Links von der SPD: Kein Weg zur Veränderung

Die Möglichkeit, durch welche Anstrengungen auch immer in den bestehenden Parteien, vorab in der SPD, zu einer stärkeren Vertretung der Arbeitnehmerinteressen zu gelangen, wird freilich heute von vielen resignierten oder neuen Linken mit Entschiedenheit bestritten. Man kann ein energisches parteipolitisches Engagement daher nicht fordern, ohne sich wenigstens mit den Hauptargumenten derer auseinandergesetzt zu haben, die nur von einer neuen parteipolitischen oder außerparlamentarischen Sammlung links von der SPD einen Fortschritt erhoffen. Ihre wichtigsten Argumente lauten:

1. Die SPD ist längst viel zu weit von sozialistischen Prinzipien entfernt, um wieder auf einen „linken“ Weg gebracht werden zu können.
2. Die undemokratische Vorherrschaft der führenden Parteiapparate verhindert eine Veränderung von unten.
3. Die „Linken“ haben seit 50 Jahren vergeblich versucht, die SPD auf den Weg einer konsequenten Arbeiterpartei zu bringen.

Ich möchte versuchen, wenigstens in Kürze auf diese zweifellos weitverbreitete Argumentation einzugehen.

Ad 1. Es ist dem Kapitalismus gelungen - zum Teil mit äußerst inhumanen Mitteln - die direkte, revolutionär wirkende Entgegensetzung von Kapital und Proletariat zu verhindern und an Stelle dieser Entwicklung das zu setzen, was man — mit einem gerade wegen seiner immanenten Paradoxie guten Ausdruck — *Sozialkapitalismus* nennen kann: Ein System, das freilich gefährlich schnell ins Faschistische umschlagen oder auch zugleich sozialer wie faschistischer Mittel sich bedienen kann. Jedenfalls hat sich nicht ein klassenpolitischer Prozeß vollzogen, der objektiv wie subjektiv zu einer Totalumgestal-

tung der Gesellschaft hingedrängt hätte. Damit sind die Voraussetzungen zur Verwirklichung der marxistischen Strategie und ihrer Zielvorstellungen — Organisierung des revolutionären Proletariats zur Machtübernahme, totale Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, umfassende Sozialisierung der Gesellschaft — entfallen.

Vielmehr wurde in den westlichen Industrieländern im 20. Jahrhundert eine neue Theorie sozialistischer Praxis nötig —, eine unerledigte Aufgabe, die auch die linken Kritiker der SPD bis heute nicht erfüllt haben! (Bei einer Untersuchung der 40 bisher erschienenen Ausgaben der SDS-Zeitschrift *Neue Kritik* ergab sich, daß darin über 30 literarische Themen, fast 30 Berichte über soziale und sozialistische Bewegungen im Ausland, etwa 15 Aufsätze über marxistische und ökonomische Theorie, aber nur 4 Beiträge (von *Abendroth*, *Lindemann*, *Vester* und *Vilmar*) zu alternativen Konzeptionen westdeutscher Politik enthalten waren.) Es geht um die Formulierung einer neuen sozialistischen Politik, die sich nicht mehr darauf verläßt, daß der Kapitalismus in sich, selbst die revolutionären Kräfte freiläßt, sondern darauf abzielt, im Rahmen des bis auf weiteres noch akzeptierten Sozialkapitalismus mit aller Energie die sozialen, demokratisierenden Strukturen so auszubauen, daß die Quantitäten schließlich in eine neue Qualität demokratisch-sozialistischer Ordnung umschlagen. Dabei ist die Erringung dauerhafter linker Parlamentsmehrheiten ein entscheidendes Indiz.

Die sozialdemokratischen Parteien haben innerhalb der sozialkapitalistischen Gesellschaften in dieser Richtung eine Menge gelernt, naturgemäß sind sie aber immer wieder in die Gefahr, ja in die akute Lage falscher, korrumpierender Anpassung geraten.

Die SPD hat in ihrem Godesberger Programm ein Dokument solcher teils konstruktiver, teils aber auch falscher Anpassung vorgelegt. Sie hat erkannt, daß mit der Idee einer Totalumgestaltung keine praktische, von den Massen akzeptierte Politik der Gesellschaftsneuordnung durchgesetzt werden kann, daß dies nur durch eine konsequente Politik der Reformen *im* Kapitalismus möglich ist, indem man den Demokratisierungs- und Sozialisierungsprozeß schrittweise vorantreibt, letztlich über den Kapitalismus hinaus. Dabei hätte sehr vieles im Godesberger Programm im Sinne konkreter gesellschaftspolitischer Eingriffe präziser, weitergehend formuliert werden müssen. Das DGB-Grundsatzprogramm ist in vielem wesentlich verbindlicher.

Insgesamt aber ist es eine falsche Vereinfachung zu sagen, der demokratische Sozialismus in Westeuropa im allgemeinen und die SPD im besonderen hätten die sozialistischen Prinzipien aufgegeben. Vielmehr: ist es durch die gesellschaftliche Entwicklung notwendig geworden, einen anderen Weg zu diesen Zielsetzungen zu formulieren. Es kann keineswegs behauptet werden, daß dies schon in genügendem Umfang und mit der neu erforderlichen Entschiedenheit — vor allem mit einer entschiedenen Bewußtseinsbildung, die notwendig wird, wenn die geschichtliche Entwicklung von selbst das Bewußtsein nicht mehr bildet — geschehen ist.

Das wäre die entscheidende Aufgabe der linken Intellektuellen und Gewerkschafter: am theoretischen Konzept des Sozialismus prinzipiell festzuhalten, von da aus aber mitzuarbeiten an einer neuen Strategie innerhalb des Sozialkapitalismus, die über ihn hinaustreibt.

Wer die gegenwärtige sozialdemokratische Politik schlecht findet, muß konkret sagen, wie sie unter diesen neokapitalistischen Verhältnissen besser gemacht werden kann — nicht aber an die Ideale und Konzepte von 1917, 1891, 1867 oder 1847 appellieren und im übrigen illusionäre Hoffnungen auf die „außerparlamentarische Opposition“ oder eine neue linke Partei nähren.

Ad 2. Es scheint mir eine völlig unangebrachte Dämonisierung der „Parteiapparate“ (und speziell *Herbert Wehners*) zu sein, wenn man davon spricht, daß die Parteien (und

speziell die SPD) zu einer bürokratischen Verfestigung geraten seien, die unauflösbar sei. Das ist die Art politischer Oberflächenanalyse, die gerade die Linken sonst mit Recht kritisieren. Solche Personalisierung bzw. Isolierung politischer Tatbestände ist unwissenschaftlich. Wir müssen uns vielmehr, insbesondere angesichts der SPD, fragen, wie es zu der Herrschaft *dieses* Parteiapparates kommen konnte, zu der Akzeptierung einer „Gemeinsamkeitspolitik“, die weit über eine *notwendige* Anpassung an das Massenbewußtsein hinausgeht.

Die Antwort lautet: die Mehrheit der aktiven Parteimitglieder hat dieser Politik zugestimmt. Innerhalb der Partei hat es in den letzten Jahren keine massive alternative Meinungsbildung gegeben. Statt wie das Kaninchen auf die Schlange immer auf den „Apparat“ zu starren, muß man also fragen, wie andere Mehrheiten geschaffen werden können, Mehrheiten, die nicht kleinbürgerlich einfach die bestehenden Verhältnisse und eine weit über das Notwendige hinausgehende Anpassungspolitik akzeptieren. Diese Mehrheiten könnten die Mitgliederversammlungen so beeinflussen, daß durch andere personalpolitische Entscheidungen auch der — ja keineswegs „an sich“ böse — Parteiapparat und die Parteiführung ein anderes Bewußtsein erlangt und eine andere Politik betreibt, sobald nämlich kritisch gebildete, selbstbewußte Arbeitnehmerfunktionäre in diesen Apparat gewählt werden.

Ad 3. Auch die Behauptung, es sei nun lange genug vergeblich versucht worden, eine „linke“ Politik in der SPD zu betreiben, halte ich für falsch.

Analysiert man das Verhalten der linken Gruppen in der deutschen Arbeiterbewegung, so muß festgestellt werden, daß sie angesichts der zweifellos seit je vorhandenen falschen Anpassungstendenz bei pragmatisch eingestellten Mehrheiten in der SPD von Anfang an meist nicht konsequent und beharrlich daran gearbeitet haben, ihre Prinzipientreue derart in praktikable Programmatik, beharrliche Parteiarbeit, Bildung und Politik umzusetzen, daß dadurch der vorherrschende Pragmatismus hätte beeinflußt oder zurückgedrängt werden können. Statt in der Partei zu arbeiten, gründeten die radikalen Sozialisten immer wieder eigene Clubs, Organisationen, Parteien und Bünde, die ohnmächtig blieben und die Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit ungeheuer schwächten.

Daß die Veränderung auch eines sozialdemokratischen Establishment nur sehr allmählich verwirklicht werden kann, wird niemand bezweifeln. Aber es bleibt festzustellen, daß keines der oft gehörten Argumente gegen eine mögliche Beeinflussung und Veränderbarkeit der sozialdemokratischen Politik wirklich stichhaltig ist. Wahr ist vielmehr, daß eine konsequente Anstrengung (mit „langem Atem“) in dieser Richtung noch nie — sicher aber nicht seit 1945! — unternommen worden ist.

Linke Sackgassen

Linke Organisationen der außerparlamentarischen Opposition wie die „Kampagne für Abrüstung“ und das „Kuratorium Notstand der Demokratie“ haben ihre wichtige Funktion, wenn sie als Foren der Bewußtseinbildung mit dem klaren Ziel fungieren, Menschen für kritisches parteipolitisches Engagement vorzubereiten. Sie leiten irre, wenn sie als Parteiersatz oder als Vorformen einer neuen Partei verstanden werden. Ein solches Mißverständnis außerparlamentarischer Opposition als Parteiersatz führt Studenten wie Arbeiter in die Sackgasse, in die politische Sektiererei und/oder Resignation. Durch Agitation in dieser Richtung verleidet man speziell den jungen Arbeitnehmern die politische Arbeit in der SPD — oder auch im linken Flügel der CDU —, ohne ihnen in dieser ohnehin apolitischen Massengesellschaft eine andere realistische Möglichkeit parteipolitisch organisierten Handelns bieten zu können.

Noch viel mehr als jetzt überläßt eine solche Tendenz denen die Macht, die gegenwärtig die Politik in den großen Parteien bestimmen. Dagegen *innerhalb* der Parteien zu wirken, birgt immerhin die Chance einer Mobilisierung der Potenzen im linken Flügel der CDU und in einem weit größeren Umfang innerhalb der SPD. Niemand verkennt, daß eine solche Mobilisierung *nur durch sehr langfristige Arbeit* gelingen kann. Diese Chance ist nicht zuletzt deshalb wesentlich realistischer, weil es — zumindest zwischen Arbeitnehmerschaft und SPD — traditionelle Bindungen gibt, die noch keineswegs erloschen, allerdings aber durch den selbst in der organisierten Arbeitnehmerschaft weitverbreiteten Apolitismus sowie durch Enttäuschungen und Resignation vieler Sozialisten brüchig geworden sind. Es gibt sogar vorhandene Parteiinstitutionen, die man nicht nutzt; vor allem die *Betriebsgruppen der SPD*. Sie sind heute ohne Initiative, oft nur verlängerte Arme der Partei. Man könnte sie umgestalten. Hier bieten sich realpolitische Chancen, die nicht realisiert werden. Besteht aber in den Gewerkschaften weitestgehende Einigkeit darüber, daß ein Engagement in Richtung „Neue Linke“ nicht in Frage kommt, so müssen *diese* Chancen endlich genutzt werden. Die Arbeitnehmerschaft muß in den beiden großen Parteien aktiver und profilierter in Erscheinung treten.

Umriß eines politischen Schwerpunktprogramms der Gewerkschaften

Ein aktuelles politisches Schwerpunktprogramm ist trotz der Existenz des DGB-Grundsatzprogramms und des Aktionsprogramms notwendig. Es gilt einerseits einige der vorhandenen Programm-Forderungen wesentlich zu *präzisieren*, sie zu diesem Zweck aus den großen Programm-Katalogen herauszulösen — andererseits aber, diese gewerkschaftlichen Forderungen *in ein umfassenderes politisches Gesamtprogramm einzuordnen*.

Demzufolge wären konkrete Aussagen zu vier politischen Bereichen notwendig:

- I. Friedenssicherung,
- II. Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik,
- III. Innenpolitik,
- IV. Bildungspolitik.

Dabei dürften sich meines Erachtens folgende Schwerpunkte ergeben:

I. Friedenssicherung

Grundlegend ist hier die selbstkritische Erkenntnis, daß die Gewerkschaften in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren nicht vermocht haben, sich von der Phraseologie des bürgerlichen Antikommunismus freizuhalten. Vorab muß daher in den Gewerkschaften selbst an Stelle der antikommunistischen Kalten-Kriegs-Klischees die sachgemäße Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen, speziell gewerkschaftlichen Entwicklungen in den osteuropäischen Ländern gesetzt werden. Daraus ergeben sich dann folgende politische Schwerpunktforderungen:

1. Ideologische Entspannung

Es muß eine ideologische Entspannung vorangetrieben werden. Die alten Schwarz-Weiß-Zeichnungen von „freiheitlicher“ und „kommunistischer“ Ordnung halten keiner wissenschaftlichen Analyse mehr stand. Ebenso, wie wir als kritische Demokraten wissen können, daß unter der Herrschaft formaler parlamentarisch-demokratischer Ordnungen Unfreiheit, politische Polizei, Diffamierung, Gleichschaltung und Manipulation der Meinung sich durchsetzen können und daher ein kritisches Verhältnis zum westlichen Freiheitsbegriff gefunden werden muß, muß andererseits erkannt werden, daß in den östlichen Staaten — in sehr verschiedenen Ausprägungen — Liberalisierungsprozesse die totalitäre Struktur der stalinistischen Blockbildung aufzulösen beginnen. Politik der Frie-

densicherung muß in einem Prozeß der Entideologisierung ernst machen mit der Erkenntnis, daß Frieden nicht realisiert werden kann, solange sich die beiden Gesellschaftssysteme gegenseitig verteufeln.

2. Reform des Wehrkonzepts

Die Gefährlichkeit unserer unnötig NATO-hörigen Wehrpolitik muß offen — wenn man will gaullistisch — aufgedeckt werden, eine rigorose Reduzierung auf eine begrenzte Verteidigungstruppe gefordert und in Angriff genommen werden. Der Spielraum entspannungspolitischen Vorgehens in Mitteleuropa unter der Glocke des weltwehnpolitischen atomaren Patts der Großmächte muß voll ausgenutzt werden. Dabei erscheint es völlig überflüssig, daß wir eigene Militärreduktionen ständig von Vorleistungen oder Gegenleistungen der Gegenseite abhängig machen. Vertrauen in Ost *und* West, nach den letzten Jahren, wo ausgerechnet wir die Rolle des „letzten Kalten Kriegers“ spielten, können wir nur durch eine Politik des „Beispiel-Gebens“ wiedergewinnen.

Im übrigen gehört zur Revision des bisherigen Wehrkonzeptes auch ein entschiedenes Abrücken von allen ökonomischen Rechtfertigungen wehrwirtschaftlicher Ausgaben: es ist ein Armutszeugnis, wenn selbst Sozialdemokraten (z. B. *Helmut Schmidt*) forcierte rüstungstechnologische Ausgaben mit Hinweis auf ihren allgemeinen technologischen Nutzen fordern.

3. Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze

Es muß erkannt werden, daß ohne Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze jedes Bekenntnis der Bundesrepublik zur Friedenspolitik nicht nur in Osteuropa, sondern in der gesamten Welt unglaubwürdig bleibt. Die Anerkennung der polnischen Westgrenze muß als Voraussetzung jeder realistischen Entspannungspolitik mit Osteuropa gefordert werden.

4. De-facto-Anerkennung der DDR

Ferner muß eine de-facto-Anerkennung der DDR als unerläßliche Voraussetzung jeder Annäherung der beiden deutschen Staaten und damit jeder Friedenspolitik in Mitteleuropa gefordert werden. Als illusionäre, als Alibipolitik sind die Versuche der Bundesrepublik zu bewerten, „humanitäre“ Probleme mit einem Staat regeln zu wollen, den man gleichzeitig als nicht-existent, als ein von Verbrechern geführtes Anhängsel der Sowjetunion hinzustellen versucht.

II. Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik

Arbeitnehmerpolitik in einer sozialkapitalistischen Gesellschaft bedeutet gesellschaftspolitisch vor allem anderen, den unauflösbaren Zusammenhang von Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Gestaltung der Öffentlichen Haushalte im Auge zu behalten. Daraus ergeben sich folgende aktuelle Schwerpunktforderungen:

1. Demokratische Wohlfahrtsplanung

Das verhohlene Bekenntnis des „Stabilitätsgesetzes“ zu einer gesamtwirtschaftlichen Rahmenplanung ist als Bestätigung der gewerkschaftlichen Grundsatzforderungen von 1963 aufzugreifen. Die vorhandenen Ansätze (Jahresprojektion, Orientierungsdaten, Planung mehrjähriger Investitionshaushalte der Öffentlichen Hand, steuerpolitische Beeinflussung der Investitionstätigkeit, Konjunkturfonds, Breitschaft zum deficit spending) sind in eine unumwundene Wohlfahrtsplanung aus- bzw. umzugestalten. Zu diesem Zweck müssen die im Abschnitt „Mittel der Wirtschaftspolitik“ des DGB-Grundsatzprogramms genannten Planungsinstrumente zu einem gewerkschaftlichen Alternativ-

entwurf zu dem vorliegenden „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ ausgearbeitet werden. Dabei müssen insbesondere die alternativen Zielvorstellungen einer Wohlfahrtsplanung gegenüber bloß kapitalistischer Wirtschafts-„Stabilisierung“ herausgearbeitet werden: eine vernünftige volkswirtschaftliche Lenkung der Investitionen und Begrenzung der Profitrate zugunsten der sozialstaatlichen und infrastrukturellen Etats sowie der Masseneinkommen.

2. Konkretes Mitbestimmungskonzept

Zur Demokratisierung des wirtschaftlichen und betrieblichen Lebens muß endlich ein präzises und umfassenderes Konzept der Mitbestimmung der Arbeitnehmer zur (partei-politischen Diskussion gestellt werden. Dazu gehört insbesondere:

- a) eine Vorlage eines *neuen Betriebsverfassungsgesetzes*, in dem vor allem die Mitbestimmung am Arbeitsplatz (d. h. der Arbeitsgruppe), die Mitbestimmung der Betriebsräte bei der Arbeitsorganisation, sowie bei Einstellungen und Entlassungen und ein Ausbau der wirtschaftlichen Mitwirkung verankert sein muß;
- b) die Vorlage eines Gesetzentwurfes über die Mitbestimmung in den Aufsichtsräten der großen Unternehmen (nach den bekannten Kriterien bestimmter Belegschafts-, Umsatz- und Bilanzgrößen);
- c) ein Konzept über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Wirtschaftskammern;
- d) ein Konzept über die Mitwirkung des DGB bei der volkswirtschaftlichen Rahmenplanung.

3. Reform der Steuerpolitik

Es ist ein konkretes gewerkschaftliches Konzept zur sozialen Neuordnung der Steuerpolitik auszuarbeiten. Die sozialwidrige Entwicklung der letzten Jahre (Lohnsteuer: 1959 30 % gegenüber 1965 40 %, Einkommensteuer: 1959 40 % gegenüber 1965 36 % des Gesamtsteueraufkommens) muß korrigiert werden.

4. Reform der Wohnungspolitik

Die Gewerkschaften müssen eine sozialstaatliche Alternative zur gegenwärtigen sozialwidrigen Boden-, Wohnungsbau- und Mietenpolitik vorlegen.

5. Volkspension

An Stelle des herrschenden Rentenchaos muß eine Volkspension nach schwedischem Muster treten.

III. Innenpolitik

Ein innenpolitisches Gesamtkonzept aktueller Arbeitnehmerpolitik muß sich als Alternative zu den herrschenden bürokratisch-autoritären Tendenzen verstehen. Sie könnte unter dem Motto stehen: Statt Formierte Gesellschaft — Informierte Gesellschaft. Dabei ergeben sich als Schwerpunktforderungen:

1. Festhalten an der Ablehnung jeder zusätzlichen Notstandsgesetzgebung, Forderung der Aufhebung der bereits verabschiedeten Luftschutz- und Wirtschaftssicherstellungsgesetze.
2. Die Verankerung des Streikrechts und des Verbots der Aussperrung (gemäß Artikel 29 der Hess. Verfassung) im Grundgesetz.
3. Schaffung rechtsstaatlicher Postverbringungs- und Telefonabhörgesetze, die im Gegensatz zu den bestehenden bzw. dem Kabinett vorliegenden Gesetzen weitestgehende Garantien gegen Amtsmißbrauch enthalten.
4. Grundlegende Reform des politischen Strafrechts, insbesondere nach Streichung oder grundlegender Korrektur der — in der Koreakrise geschaffenen — „Staatsgefähr-

ZUM PARTEIPOLITISCHEN ENGAGEMENT DER GEWERKSCHAFTEN

dungs"-Paragraphen 91 ff StGB, die mit Tatbeständen wie „literarischer Staatsgefährdung“, „publizistischem Landesverrat“ und „Zersetzung“ in den vergangenen Jahren Zehntausende von durchaus nicht staatsgefährdenden Oppositionellen hinter den „Stacheldraht des Verdachts“ gebracht haben.

5. Ausbau des Demonstrationsrechts, Ausschaltung polizeiverwaltungsrechtlicher Möglichkeiten, politische Demonstrationen zu vereiteln.

6. Ausbau des Persönlichkeitsschutzes gegenüber der Tätigkeit der politischen Polizei (Verfassungsschutz).

IV. Bildungspolitik

An Stelle der allzu allgemeinen bildungspolitischen Forderungen des DGB-Grundsatzprogrammes muß — auf der Basis jener Grundsätze — ein präzises bildungspolitisches Konzept vorgelegt werden. Insbesondere müßte, im Anschluß an Ausarbeitungen der i GEW, präzisiert werden:

1. die Forderung nach einer Vergrößerung des Anteils der Bildungsausgaben von 3,6 auf mindestens 6 % des Sozialprodukts (DDR: 5%, USA 6,2 %);

2. die Forderung nach einem Einheitsschul-System, d. h. einer räumlich-organisatorischen Umgestaltung des Schulbildungsprozesses, derart, daß der Übergang von Unter- zu Mittel- und Oberstufen in jeder Hinsicht bruchlos erfolgen kann;

3. die Forderung nach einem wesentlichen qualitativen und quantitativen Ausbau des sozialkundlichen Unterrichts in Zusammenhang mit dem Deutsch-, Geschichts- und Erdkundeunterricht ;

4. die Forderung nach einem die Bildungschancen aller revolutionierendem Ausbau des Fernunterrichts im Fernsehen zu einem System des Zweiten Bildungsweges mit der Möglichkeit des Abiturabschlusses;

5. die Forderung nach einer umwälzenden Reorganisation des Stipendiensystems für Oberschüler und Studenten im Sinne einer gezielten generellen Unterstützung der Kinder aus Haushalten der unteren Einkommensgruppe;

6. die Forderung nach Aufhebung der bildungsfeindlichen, die Demokratie gefährdenden Meinungschktatur des Springer-Konzerns durch ein Gesetz, das z. B. eine bestimmte Entflechtung des Konzerns, die völlige redaktionelle Unabhängigkeit der Redakteure (spezieller Kündigungsschutz!), die Genehmigungspflicht von Presse- und Verlagsfusionen, die steuerpolitische Begünstigung kleiner und mittlerer Verleger vorsehen .
könnte.

Das Deutsche Komitee zur Hilfe für demokratische spanische Flüchtlinge appelliert an die deutsche Öffentlichkeit um Hilfe. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Bergbau und Energie, Walter Arendt, schreibt hierzu:

„Immer noch müssen Menschen wegen ihrer demokratischen Einstellung fern von ihrem Vaterland unter größten Entbehrungen leben. Der Mut und die Bereitschaft, auch unter größten Entbehrungen für die gerechte Sache einzutreten, verdienen bei den spanischen Flüchtlingen besondere Anerkennung. Wir dürfen sie deshalb nicht allein lassen.“

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft in Hamburg, Konto 615 56 - Deutsche Bank in Hamburg, Konto 2/01 467 - Postscheckkonto Hamburg 175 08.